

<http://www.mvregio.de/show/60593.html>

Erstes Energieforum 2008 in Schwerin

18.10.2007: Schwerin/MVregio Nach dem aktuellen Bericht des Weltklimarats (zwischenstaatlicher Sachverständigenrat für Klimawandel - IPCC) besteht kein Zweifel mehr daran,

dass die durch den Menschen verursachten Klimaveränderungen voranschreiten werden und dass dadurch die natürliche Lebenswelt erheblich beeinträchtigt wird. Als Anerkennung für ihre Arbeit haben der Weltklimarat IPCC sowie Al Gore, als Klimabotschafter, vor kurzem den Friedensnobelpreis verliehen bekommen.

Die Gründe für den globalen Klimawandel sind die immer weiter zunehmende Nutzung der nicht erneuerbaren Energie-Ressourcen Öl, Gas und Kohle bei der Erzeugung von Strom und Wärme sowie deren Einsatz in Industrie und im Verkehr. Die Menschheit kann die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels noch begrenzen. Hierzu müssen jedoch umgehend drastische Einschränkungen des globalen Kohlendioxid - Ausstoßes beschlossen werden und Energiesysteme aufgebaut werden die weniger schädliche Treibhausgase produzieren. Die technischen Lösungen hierfür sind teilweise schon vorhanden und müssen stärker eingesetzt und weiter entwickelt werden.

Die BUND Ortsgruppe Schwerin plant gemeinsam mit der Heinrich Böll Stiftung M-V im April 2008 die Durchführung eines dreitägigen Energieforums im viel besuchten städtischen Einkaufszentrum "Sieben Seen Center" in Schwerin. Das geplante Energieforum Schwerin soll für die Region Impulsgeber sein und Aktivitäten für nachhaltiges Handeln in wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht unterstützen. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sollen sich im Rahmen einer Messe bei regionalen Fachleuten verschiedenen "Energiebranchen" - Handwerkern, Betrieben und Institutionen - u. a. über modernste Heiztechnik, energiesparendes Bauen, Erneuerbare Energien und aktuelle Förderkonditionen informieren können.

Gerahmt wird die Messe von einer Eröffnungsveranstaltung sowie einer Vortragsreihe, u. a. zu Klima- und Energiefragen und durch informative Ausstellungen. Die Schirmherrschaft hat der Stadtpräsident Herr Andreas Lange übernommen. Für die Veranstaltung ist ein eigener Internetauftritt unter

<http://www.energieforum-schwerin.de> im Aufbau. Die Einbindung junger Menschen in die Veranstaltung Energieforum Schwerin ist ein weiteres wesentliches Ziel. Hierzu soll eine Multivisionsveranstaltung zur Klimaproblematik (Die Multivision e. V., Hamburg) für höhere Schulklassen gezeigt werden. Die Show präsentiert u. a. anschaulich die Hintergründe der Klimaerwärmung und Szenarien für eine zukünftige Energieversorgung. Schulen sind unsere wesentlichen Multiplikationsträger.

04. Oktober 2007

Dong Energy vergibt erste Großaufträge für Steinkohlekraftwerk Der dänische Energiekonzern Dong Energy hat die ersten Großaufträge für sein geplantes Steinkohlekraftwerk in Lubmin bei Greifswald vergeben. Am Mittwoch seien die Verträge mit der Mannheimer Alstom Deutschland AG über die Lieferung der Dampferzeuger für beide Kraftwerksblöcke unterzeichnet worden, sagte Dong-Projektleiter Peter Gedbjerg am Donnerstag auf einem Lieferantenforum in Greifswald. Bereits im Juli sei die britische Firma Doosan Babcock Energy mit Bau und Lieferung der Turbinen beauftragt worden. Aktuelle Nachrichten - Greifswald (ddp-nrd). Der dänische Energiekonzern Dong Energy hat die ersten Großaufträge für sein geplantes Steinkohlekraftwerk in Lubmin bei Greifswald vergeben. Am Mittwoch seien die Verträge mit der Mannheimer ALSTOM Deutschland AG über die Lieferung der Dampferzeuger für beide Kraftwerksblöcke unterzeichnet worden, sagte Dong-Projektleiter Peter Gedbjerg am Donnerstag auf einem Lieferantenforum in Greifswald.

Bereits im Juli sei die britische Firma Doosan Babcock Energy mit Bau und Lieferung der Turbinen beauftragt worden. Damit seien bereits während der ersten Genehmigungsphase etwa 35 Prozent des Gesamtauftragsvolumens von rund zwei Milliarden Euro vergeben worden, sagte Gedbjerg. Er gehe davon aus, dass ein Leistungsumfang von insgesamt 400 Millionen Euro an Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern gehen werde. Das Kraftwerk soll den Plänen zufolge im zweiten Halbjahr 2008 am Greifswalder Bodden gebaut werden und 2012 mit zwei 800-Megawatt-Blöcken ans Netz gehen. Neben zahlreichen Befürwortern gibt es derzeit auch erhebliche Widerstände in der Region. Dong Energy hatte vergangene Woche beim Staatlichen Amt für Umwelt und Natur Stralsund die Genehmigung beantragt. (folgt Zusammenfassung bis 15.00 Uhr) ddp/som/muc. Sie lesen Finanznachrichten und Wirtschaftsmeldungen auf ad-hoc-news.de, ein Presseportal der trading-house.net AG. Weitere Börsennachrichten finden Sie unter www.ad-hoc-news.de & <http://www.trading-house.net>.

Mittwoch, 24. Oktober 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Protest gegen Nukleartransport

Ein radioaktiv belasteter Reaktor soll kommenden Dienstag ins Lubminer Zwischen- lager rollen. Atomkraftgegner kündigen Blockaden und Demos an.

Lubmin/Rheinsberg (OZ) Atomkraftgegner planen massive Proteste gegen den Transport des Reaktordruckbehälters aus dem ehemaligen Kernkraftwerk Rheinsberg (Ostprignitz-Ruppin) nach Lubmin. Der radioaktiv belastete Reaktor soll am 30. Oktober mit einem Spezialwaggon auf die rund 270 Kilometer lange Reise ins Zwischenlager Nord bei Greifswald gehen. „Entlang der gesamten Transportstrecke wird es Aktionen geben“, sagte Jan Becker, Sprecher der Initiative „ContrAtom“. Neben Demonstrationen in Greifswald und Rheinsberg könnten unter anderem Gleise blockiert werden.

Auch die Polizei stellt sich auf Protestaktionen ein, wollte jedoch nicht mitteilen, mit wie vielen Kräften man im Einsatz sein werde. Im Jahr 2001 hatten bei dem letzten Atomtransport zwischen Rheinsberg und Lubmin rund 8000 Beamte von Polizei und Bundespolizei die Strecke gesichert. Damals waren verbrauchte Brennelemente mit rund 20 000 hoch radioaktiven Brennstäben in vier Castor-Behältern nach Lubmin transportiert worden. Zwischenfälle habe es dabei nicht gegeben, sagte eine Polizeisprecherin.

Erhebliche Bedenken äußerten die Atomkraftgegner zu der Passage über eine alte Eisenbahnbrücke in Lindow südlich von Rheinsberg. Becker: „Der technische Zustand dieser Brücke ist katastrophal.“ Die Mängel reichten von fehlenden Bolzen bis hin zu verrosteten, lockeren Schrauben. „Und über diese Brücke soll nun der schwerste Atomtransport in der Geschichte der Bundesrepublik rollen“, kritisierte Becker. Nach Angaben der Energiewerke Nord (EWN), dem Betreiber des ehemaligen Kernkraftwerks Rheinsberg, wiegt der Reaktor 110 Tonnen. Zusätzlich drückten laut Becker noch die Gewichte der 15 Zentimeter dicken Stahlmantelung sowie des extra aus Österreich angeforderten Spezialwaggons auf die Gleise. „Wir reden hier über eine Gesamtbelastung von 200 Tonnen“, so Becker.

Die Deutsche Bahn teilt die Bedenken zu der Brückenstatik nicht. „Wir haben die Strecke einer Sonderprüfung unterzogen“, so Bahn-Sprecher Holger Auferkamp. Die Lindower Brücke werde man für den Transport zusätzlich abstützen. „Der Zug fährt in dem Bereich nur Schritttempo“, so Auferkamp. Außerdem verteile sich das Transportgewicht auf die 16 Achsen des Spezialwaggons. Das reicht den Atomkraftgegnern nicht aus. Sie wollen nun per einstweiliger Verfügung erreichen, dass die Transportgenehmigung kurzfristig aufgehoben wird. Die Statik der Brücke müsse von unabhängigen Gutachtern überprüft und die Mängel beseitigt werden. In Lindow sei zudem eine Mahnwache geplant, erklärten die Atomkraftgegner, die für kommende Woche mit „mehreren hundert“ Demonstranten rechnen. Bereits am Sonnabend sei eine Demonstration in Greifswald geplant, an der sich auch Initiativen wie Greenpeace beteiligen. Der Reaktor wurde laut EWN 24 Jahre lang für die Gewinnung von Elektroenergie aus Kernkraft verwendet „und ist deshalb kontaminiert und aktiviert“. Seit 1995 wird das ehemalige Kernkraftwerk Rheinsberg abgebaut. In dem Zwischenlager des 1990 stillgelegten Kernkraftwerkes Nord in Lubmin soll der belastete Behälter auf Jahrzehnte gelagert werden, bis die Radioaktivität nachgelassen habe. Nach OZ-Informationen sollen Ende 2008 neun weitere Castor-Behälter aus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe nach Lubmin rollen.

AXEL MEYER

Mittwoch, 24. Oktober 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

„Unmöglich, die Umwelt nicht zu beeinflussen“

Peter Gedbjerg, Vizepräsident des Investors Dong Energy, verteidigt im OZ-Interview den geplanten Kohlemeiler Lubmin.

OZ: Herr Gedbjerg, in Deutschland macht „Scholz & Friends“, eine der größten Werbeagenturen Europas, Ihre Öffentlichkeitsarbeit. Wächst Dong Energy die Kritik an Lubmin über den Kopf?

Peter Gedbjerg: Nein, aber wir kennen die deutschen Empfindsamkeiten, die deutschen Eigenarten nicht. Deshalb brauchen wir professionelle Unterstützung.

OZ: Wie fühlen Sie sich als jemand, der ein Produkt vermarktet, das niemand so recht will?

Gedbjerg: Nicht jeder kann Bio-Karotten verkaufen. Viele glauben, der Strom kommt einfach aus der Steckdose. Aber dazu gehören Kraftwerke, solche, die jederzeit Strom produzieren, auch wenn kein Wind weht.

OZ: Apropos Wind: Ihr Konzern hat in der letzten Woche vor England einen Offshore-Park ans Netz genommen. Sie sind der weltweit größte Betreiber solcher Anlagen. Warum nicht auch vor Lubmin?

Gedbjerg: Bis mindestens 2050 brauchen wir einen Energie-Mix, zu dem fossile Brennstoffe gehören. Erneuerbare Energiequellen allein reichen noch nicht aus.

OZ: Warum wollen Sie ausgerechnet in einem ökologisch hochsensiblen Gebiet wie dem Greifswalder Bodden ein Kohlekraftwerk bauen?

Gedbjerg: Lubmin ist ideal. Wir brauchen das Meer zum Einleiten von Kühlwasser. Das ist sozusagen der physikalische Grund. Lubmin ist zudem seit Jahrzehnten Standort von Energiegewinnung. Wir haben sehr genau den Koalitionsvertrag von SPD und CDU gelesen. Dort steht, dass die Regierung einen Ausbau des Energiestandortes Lubmin anstrebt – mit Kohlekraftwerk.

OZ: Im Umkreis von Lubmin befinden sich 16 Seebäder . . .

Gedbjerg: Wir sind in einer Branche tätig, in der es unmöglich ist, unser Produkt herzustellen, ohne die Umwelt zu beeinflussen. Dennoch: Nicht einer dieser Orte wird seinen Status als Seebad verlieren. Das schließe ich aus. Die Schadstoffemissionen werden einen Bruchteil dessen betragen, was schon jetzt auf diese Orte niedergeht. Unser Beitrag liegt typischerweise zwischen 0,1 und zwei Prozent.

OZ: Und die Schwermetalle?

Gedbjerg: Das ist nur Quecksilber. Bei der Verbrennung von Kohle entsteht als Schwermetall überwiegend Quecksilber OZ: Nur Quecksilber?

Gedbjerg: Aus einem Gutachten, in dem Experten davon ausgehen, dass wir das Kraftwerk mit 110 Prozent Leistung 8760 Stunden im Jahr fahren, geht hervor, dass die Quecksilber-Belastung am Boden deutlich unter den zulässigen Höchstgrenzen liegen wird. Wir produzieren einige hundert Kilogramm Quecksilber im Jahr. Unser Ziel ist, umweltfreundlicher als andere Wettbewerber zu sein . . .

OZ: Welche Wettbewerber meinen Sie? Die Betreiber alter „Dreckschleudern“? Oder die von neuen Kohlekraftwerken?

Gedbjerg: Beide.

OZ: Wenn Sie künftig an der Südostspitze Rügens stehen, können Sie den 110 Meter hohen Schornstein des Kraftwerks sehen. Touristiker fürchten einen Imageschaden für die ganze Region. Was sagen Sie dazu?

Gedbjerg: Ich glaube, viele sind gegen das Kraftwerk, weil sie Angst haben. Das verstehe ich sogar. Aber niemand muss sich Sorgen machen.

OZ: Wie werden Sie Ihren Enkeln erklären, dass Sie 2007 ein Kohlekraftwerk bauen wollten, das bis zu zehn Millionen Tonnen CO2 pro Jahr in die Luft bläst?

Gedbjerg: Ich werde Ihnen sagen, dass dadurch anderswo zwei Millionen Tonnen Treibhausgas weniger ausgestoßen wurden.

OZ: Kritiker sagen, von zwei Kohlelieferungen, die Lubmin erreichen, wird nur eine zur Stromerzeugung verwendet. Die andere heizt den Bodden auf . . .

Gedbjerg: Die maximale Effizienz bei der Verstromung von Kohle liegt zurzeit bei 47 Prozent, vor 50 Jahren waren es 30. Und zur Erwärmung des Boddens: Über Jahrzehnte wurde das Kühlwasser aus dem Atomkraftwerk Lubmin in den Bodden geleitet – und das Öko-System hat keinen Schaden genommen. Daran wird sich auch künftig nichts ändern.

OZ: Die SPD nimmt Abstand von Lubmin. Sie fordert Dong auf, ein kleineres Kraftwerk zu bauen. Lassen Sie sich darauf ein?

Gedbjerg: Das entscheidet unser Vorstand.

OZ: Fühlen Sie sich in MV wohl?

Gedbjerg: Das Verhältnis zur Landesregierung ist gut. Das Genehmigungsverfahren erfolgt auf Basis von Bundesgesetzen. Ich rechne fest damit, dass wir im Sommer 2008 die Baugenehmigung haben. Interview: JÖRG KÖPKE

INFO

Umweltschützer rechnen ab

Nach einem Jahr SPD/CDU-Regierung haben Umweltverbände mit der Umweltpolitik der Koalition abgerechnet. Nach Ansicht des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) gefährdet die rot-schwarze Umweltpolitik den Klimaschutz, das Gesundheitsland MV und den Gewässerschutz bis in die Ostsee. Landesgeschäftsführerin Corinna Cwielag kritisierte besonders den geplanten Bau eines Steinkohlekraftwerks am Greifswalder Bodden. Unterdessen hat die Staatskanzlei mitgeteilt, dass EU-Energiekommissar Andris Piebalgs am kommenden Montag zu einem Arbeitsbesuch in Lubmin erwartet wird. Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) werde ihn empfangen.

Peter Gedbjerg, Projektleiter von Dong Energy.

Foto: ZB

Mittwoch, 24. Oktober 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Experte: Wachstum bei Bioenergie trotz hoher Preise

Gülzow (dpa) Die Bioenergie wird nach Überzeugung der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe trotz aktueller Probleme wegen hoher Preise in der Landwirtschaft weiter wachsen. „Die Bundesregierung hat sich erst im August noch einmal klar zum Ausbau der erneuerbaren Energie und damit der Bioenergie bekannt“, sagte Geschäftsführer Andreas Schütte in Gülzow (Kreis Güstrow). In Rostock lädt die Universität heute zu einem Bioenergie-Forum. Derzeit werden laut Schütte in Deutschland auf rund zwei Millionen Hektar nachwachsende Rohstoffe angebaut, davon machen Energiepflanzen 1,75 Millionen Hektar aus.

<http://www.mvregio.de/show/61123.html>

EU-Energiekommissar kommt zum Arbeitsbesuch nach Lubmin

24.10.2007: Schwerin/Lubmin/MVregio Das für Energiepolitik zuständige Mitglied der Europäischen Kommission,

Andris Piebalgs kommt am nächsten Montag (29-10-2007) zu einem Arbeitsbesuch nach Lubmin und Greifswald.

Der EU-Kommissar wird dabei von Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) begleitet, wie die Staatskanzlei am Dienstag in Schwerin mitteilte.

Geplant sind unter anderem Besichtigungen einer Raffinerie zur Herstellung von Biodiesel sowie des Anlandepunkts der geplanten Ostseepipeline von Russland nach Deutschland. Piebalgs will sich außerdem über die Pläne für weitere Kraftwerksansiedlungen auf dem Gelände des früheren Kernkraftwerks informieren. Vorgesehen ist auch ein Besuch des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik in Greifswald.

MVregio Landesdienst mv/sn

Donnerstag, 25. Oktober 2007 | Hansestadt Greifswald

Kirche lädt zum Gespräch über Kraftwerksbau

Wieck. Die Kirchengemeinde Wieck veranstaltet am Reformationstag nach dem Gottesdienst, der um 10 Uhr beginnt, eine öffentliche Gesprächsrunde zum Thema „Die Fischerei und die Kraftwerke – welche Folgen könnte die zu erwartende Boddenerwärmung auf die Fischerei haben?“ Eingeladen wurde hierzu Ralf Döring, er studierte Wirtschaftswissenschaften und ist an der Greifswalder Uni am Lehrstuhl Landschaftsökologie tätig. Eingeladen sind aber auch speziell Fischerfamilien. Beginn der Gesprächsrunde: 11 Uhr.

Donnerstag, 25. Oktober 2007 | Hansestadt Greifswald

Leserpost

Ortsfremde machen Stimmung gegen ein Kraftwerk

Andreas Pfitzmann aus dem Fliederweg äußert sich zur Thematik des geplanten Steinkohlekraftwerks: Es ist schon bedenklich, wie Ängste der Bevölkerung geschürt werden. Da werden Argumente gesucht, um etwas zu verhindern, was für die Entwicklung der Region eigentlich nützlich sein müsste. Sogar auf Usedom gelegene Seebäder ziehen gegen das geplante Lubminer Kraftwerk zu Felde. Aber, verlor jemals ein Luftkurort oder ein Bad seinen Status, weil in der Nähe eine Industriensiedlung war oder entstand? Man denke nur einmal an die Bäder Dürrenberg und Kösen, die unweit von Leuna liegen, an das Kraftwerk Turow (an der Neiße, jetzt in Polen). Die Luftkurorte Waltersdorf, Lückendorf, Oybin und Jonsdorf ziehen jährlich Tausende Urlauber und Naherholungssuchende an. Auch auf Rügen stört es keinen Urlauber, dass vor den Toren von Saßnitz Kreide abgebaut wird, dass der Fährhafen Mukran direkt an die Strände von Prora und Binz anschließt oder ist es das Rostocker Kraftwerk, welches negativen Einfluss auf den regen Kreuzfahrtschiffsverkehr und auf den Badebetrieb am Warnemünder Strand ausübt? Was Lubmin betrifft, wäre zu fragen, ob die nahegelegene Großbaustelle oder gar das Kernkraftwerk für den Urlaubsbetrieb im Seebad jemals abträglich waren. Es muss wohl ein gerütteltes Maß an Inkompetenz vorliegen, wenn immer wieder gegen die Industriensiedlung in der Heide polemisiert wird. Aktionen auf dem Greifswalder Hauptbahnhof, schwarze Kreuze an der Landstraße und „Picknicks“ vor dem Werktor sollten einst die Gefährlichkeit der Kernenergie aufzeigen, schockierend wirken. Wenn demnächst das Druckgefäß von Rheinsberg in das Lubminer Zwischenlager transportiert wird, werden die Ortsfremden wiederkommen und versuchen, Stimmung zu machen, nicht nur gegen den Transport, sondern auch gegen ein künftiges Kraftwerk.

SPD-Arbeitsgruppe gegen geplantes Steinkohlekraftwerk in Lubmin

dpa-Meldung, 24.10.2007 (09:04)

Schwerin - In der SPD wächst offenbar der Widerstand gegen das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin. Die Arbeitsgruppe "Steinkohle" der Partei habe sich für Neuverhandlungen mit dem dänischen Investor Dong Energy ausgesprochen, berichtete die "Ostsee-Zeitung" am Dienstag.

Ziel sei der Bau eines höchstens halb so großen, umweltverträglichen Kohlekraftwerks. Der Leiter der Arbeitsgruppe, der umweltpolitische Sprecher der Fraktion Gottfried Timm, sagte der dpa, es habe in der Gruppe "ein klares Votum" gegeben. Jetzt wolle er zunächst die Parteiführung über den Beschluss informieren. Das 1600-Megawatt-Kraftwerk soll 2012 ans Netz gehen.

Der siebenköpfigen Arbeitsgruppe "Steinkohle" gehören außer Timm auch Umweltminister Till Backhaus und Bauminister Otto Ebnert an. Diese hätten sich als einzige für den Kraftwerksbau ausgesprochen, hieß es in dem Zeitungsbericht. Der Landesvorstand werde am 2./3. November auf seiner Klausurtagung in Sternberg (Kreis Parchim) über das Thema beraten, sagte ein SPD-Sprecher. Die SPD-Fraktion will nach eigenen Angaben am 6. November zu einer Sitzung in Lubmin zusammenkommen, und dabei Befürworter und Gegner des Kohlekraftwerks anhören.

Unterdessen erneuerte der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) seine Kritik an dem Projekt. Durch den Kraftwerksbetrieb nach heutigem Standard sei mit stündlichen Emissionen von 89 Kilogramm Staub, 527 Kilogramm Stickoxiden und 900 Kilogramm Schwefeloxiden sowie mit der jährlichen Freisetzung von einer Tonne Quecksilber zu rechnen. Die Fischerei werde durch die Aufheizung des Greifswalder Boddens mit 325 000 Tonnen Kühlwasser pro Stunde gefährdet, teilte die Umweltschutzorganisation in Schwerin mit.

Am kommenden Montag wird EU-Energiekommissar Andris Piebalgs zu einem Arbeitsbesuch in Lubmin erwartet. Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) werde Piebalgs empfangen und mit ihm mehrere Firmen und Einrichtungen des Energiestandortes besichtigen, teilte die Staatskanzlei mit. Die EU-Kommission hatte noch vor einem halben Jahr erklärt, die Steinkohle könne Teil eines Konzepts für Energieträger mit niedrigem Kohlendioxid-Ausstoß werden, sofern die erforderlichen Technologien dafür entwickelt würden. Piebalgs hatte zudem betont, die heimische Kohleförderung verringere die Abhängigkeit der EU von Energieeinfuhren

Greifswalder Bischof kritisiert geplantes Steinkohlekraftwerk

Greifswald (epd). Der Greifswalder evangelische Bischof Hans-Jürgen Abromeit hat den geplanten Bau eines Steinkohlekraftwerkes auf dem Gelände des früheren Atommeilers Lubmin als "unverantwortlich" kritisiert. "So ein Projekt steht in krassem Gegensatz zur momentanen Debatte um den Klima-Wandel", sagte Abromeit der "Mecklenburgischen und Pommerschen Kirchenzeitung" (Ausgabe vom 28. Oktober). Es sei nicht zu verantworten, den Kohlendioxid-Ausstoß in so hohen Mengen zu steigern, nachdem erst beim Heiligendammer G-8-Gipfel im Juni die Reduzierung beschlossen wurde. "Wenn man eine andere Technik hätte, vielleicht in zehn Jahren, dann könnte man darüber reden. Aber zum gegenwärtigen Stand halte ich es für unverantwortlich", sagte Abromeit.

Als Bischof sehe er es als seine Aufgabe an, sich in umweltpolitische Fragen einzumischen, "denn die Bewahrung der Schöpfung ist essenzieller Bestandteil der evangelischen Sozialethik", betonte Abromeit. Er warnte auch vor nicht absehbaren Konsequenzen des Kraftwerkbaus für den wichtigen Wirtschaftsfaktor Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern. Es nütze nichts, 140 neue Arbeitsplätze zu schaffen, wenn dafür 1.400 andere wegfallen. (26.10.2007)

Copyright - epd

Quelle: <http://www.kirche-mv.de/Steinkohlekraftwerk.11563.0.html>

Wochenendausgabe, 27. Oktober 2007 | Wirtschaft

Stromriesen laufen Kunden weg

Aus Ärger über höhere Energie-Preise wechseln derzeit Millionen Verbraucher zu günstigeren Anbietern. Gewinner in MV sind zumeist die Stadtwerke.

Bonn/Schwerin (OZ) Schwere Zeiten für die Energie-Riesen: Seit Ankündigung der Strom- und Gaspreiserhöhungen zum Jahreswechsel suchen sich immer mehr Verbraucher einen billigeren Anbieter. Nach Informationen der Bundesnetzagentur in Bonn hat sich die Zahl der Anbieterwechsel im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt – und wird zum Jahresende die Million erreichen.

Auch der größte Strom-Anbieter in Mecklenburg-Vorpommern, die E.ON edis, musste bereits kräftig Federn lassen. „17 000 Wechsler waren es seit Jahresbeginn“, sagt Unternehmenssprecher Michael Elsholtz. Über 133 000 seit Beginn der Liberalisierung des Strommarktes. Vor zwei Wochen hatte das Unternehmen Preissteigerungen um fast zehn Prozent ab 1. Januar 2008 angekündigt. Gewinner sind in MV in der Regel die Stadtwerke der großen Städte. Doch es gibt Unterschiede: „Vier Prozent der 32 000 Kunden haben wir verloren“, sagt der Geschäftsführer der Stadtwerke Stralsund, Christian Koos. Schmerzhaft: Da zu den rund 1400 Abwanderern auch Großkunden zählen, sind rund 20 Prozent des Stromabsatzes erst einmal futsch. Gewechselt haben jedoch fast 60 Prozent der Stralsunder

Verbraucher – allerdings nicht zu den derzeit 25 anderen Anbietern, die sich dort um Kunden bemühen, sondern „im eigenen Hause“ zum Billig-Produkt der Stralsunder Stadtwerke.

Eine gewisse Treue legen die Verbraucher in Greifswald an den Tag. „Weniger als ein Prozent Abwanderer trotz Preisanpassung“, sagt Unternehmenssprecherin Steffi Borkmann. „Beruhigend, aber zurücklehnen dürfen wir uns nicht.“ Die meisten der 30 000 Greifswalder Kunden haben auch hier einen Billig-Tarif des Hauses gewählt und sich in Jahresverträgen gebunden. „Sollten die Kartellbehörden uns einen noch niedrigeren Preis vorschreiben, werden wir den natürlich an unsere Kunden weitergeben“, verspricht Borkmann.

In Wismar ist die Situation etwas anders: Die dortigen Stadtwerke wurden erst 2002 gegründet. Die Masse der Kunden war zuvor bei der damaligen e.dis. „Inzwischen haben wir einen Marktanteil von 31 Prozent“, sagt der technische Geschäftsführer der Stadtwerke, Andreas Grzesko – bei immerhin 44 Anbietern, darunter auch die Stadtwerke Rostock und Schwerin. Weit abgeschlagen folgt der Billiganbieter Yellow-Strom mit 2,7 Prozent Marktanteil. Der einstige Platzhirsch, E.ONedis, muss sich mit nur noch 2,3 Prozent begnügen. Als Gründe führt Grzesko den eigenen niedrigen Preis an, der mit den Billiganbietern „durchaus mithalten“ könne, und vor allem die gute Beratung im Kundenzentrum vor Ort.

In Rostock konkurrieren sogar 70 Stromanbieter um die 130 000 Haushaltskunden. Trotzdem behaupten die 2001 gegründeten Stadtwerke ihre 58 Prozent Marktanteil. In den vergangenen Wochen allerdings gab es Bewegung auf dem Markt. „Zwei bis drei Prozent Wechsler pro Monat waren bisher normal. Jetzt sind es deutlich mehr“, sagt Vertriebschef Bernd Benick. Allerdings hielten sich Zu- und Abgänge bei den Stadtwerken die Waage.

Horst-Ulrich Frank, Energieberater der Neuen Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern, rechnet vor, dass ein Standardhaushalt (vier Personen) mit 3500 Kilowattstunden Jahresverbrauch bei Stromkosten von rund 750 Euro jährlich rund 70 Euro durch Anbieterwechsel sparen kann. Mitunter lohnt aber nur der Wechsel zum Billigangebot des eigenen Versorgers. „Noch lohnender ist das Sparen im eigenen Haushalt“, sagt Frank. Rund 100 Euro im Jahr koste in so einem Standardhaushalt allein der Stand-by-Betrieb der Geräte. Frank: „Die billigste Kilowattstunde ist die, die nicht verbraucht wird.“ Ob die Energieversorger ihre Preissteigerung durchsetzen können, ist auch noch nicht sicher. Zum einen bedarf die Erhöhung der Genehmigung der Bundesnetzagentur. Zum anderen lassen die Kartellbehörden der Bundesländer, auch die im Wirtschaftsministerium Schwerin, die Strompreise derzeit prüfen.

INFO

Wechseln & Sparen

Nach Ansicht der Neuen Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern zahlen die deutschen Stromkunden rund 30 Prozent mehr für Elektroenergie als Verbraucher in Großbritannien und doppelt so viel wie in der Schweiz.

Vielfach lohne der Wechsel des Anbieters, rät Verbraucherschützer Horst-Ulrich Frank. Zu vergleichen seien aber nicht nur die Kilowattstunden-Preise, sondern auch Grundpreise und Vertragsdauer. Eine individuelle Beratung zum Anbieterwechsel kostet bei der Verbraucherzentrale fünf Euro.

☐ 0381 / 208 70 50 Internet: www.nvzmv.de

Wochenendausgabe, 27. Oktober 2007 | Hansestadt Greifswald

Biodieselwerk in Ladebow

Nach Jahren der Flaute kommt Bewegung in den Hafen Ladebow. Die geschaffene Infrastruktur lockt jetzt Investoren an.

Ladebow. Ein großer niederländischer Hersteller von Biodiesel will in Ladebow ein neues Werk bauen. Das kündigt der Konzern Biovalue im Internet an. Dieser produziert seit Sommer dieses Jahres in der Hafenstadt Eemshaven und ist stark auf Wachstumskurs. Ende 2008 will Biovalue insgesamt 500 000 Tonnen produzieren. Lukrativ ist die Herstellung des Biodiesels durch die Pflicht zur Beimengung zu normalem, aus Erdöl gewonnenen Treibstoff. Damit soll die Produktion von Benzin und Diesel aus nachwachsenden Rohstoffen gefördert werden.

Eine Fläche von rund vier Hektar haben die Niederländer bereits am Hafen aus Bundeseigentum erworben. Sie planen Investitionen von etwa 50 Millionen Euro. 25 Arbeitsplätze sollen entstehen. Eine Bauvoranfrage wurde positiv beschieden, erklärte Amtsleiter Jörg Hochheim auf der letzten Tagung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus. Es gibt auch schon einen Antrag auf ein „Bimsch-Verfahren“, also die Prüfung des Vorhabens nach Bundesimmissionsschutzgesetz, bestätigt Rainer Holz, der amtierende Leiter des Stralsunder Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur als zuständiger Genehmigungsbehörde. Der Antrag sei bereits im Januar eingegangen, liege aber auf Eis, weil in Greifswald noch keine Klarheit bestehe, ob man mit dem Bebauungsplan Nummer 14 vielleicht doch lieber in Richtung Marina gehen will. Dazu wurde auch auf dem letzten Wirtschaftsausschuss diskutiert, als sogar der Hafen selbst in Frage gestellt wurde. Dessen Aufgabe könnte allerdings allenfalls in Abstimmung mit dem Land erfolgen, das den Hafenausbau seit 1993 mit hohen Summen förderte. Bis 2006 wurden über 16 Millionen Euro investiert. Die Fahrrinne wurde im letzten Jahr auf 6,90 Meter vertieft. Anlass der Debatte im Wirtschaftsausschuss war die aktuelle Situation des Ladebower Hafens. Wie in den Wirtschafts- und Strukturdaten 2007 nachzulesen ist, sank der Schiffsgüterumschlag von 2002 bis 2006 in unterschiedlich großen Schritten um fast zwei Drittel. Konkret von 892 000 t auf 313 000 t. Darum hat die Stadt nur noch einen Ein-Jahres-Pachtvertrag mit dem bisherigen Betreiber geschlossen. Ein Wechsel des Pächters gilt als möglich, wenn nicht wahrscheinlich.

Dazu kommt, dass wegen notwendiger Arbeiten an der Steinbecker Brücke und bisher nicht bilanzierter nötiger Investitionen in eine Weiche in Ladebow noch kein Öl per Kesselwaggon auf die Eisenbahnreise verschickt wird, was für dieses Jahr angekündigt worden war . Unter anderem mit dem Erwerb der 2002 stillgelegten Gleisanlagen förderte die Stadt dieses Vorhaben. Im Juni dieses Jahres war von einem Zug alle zwei Tage die Rede.

Mit dem von Biovalue geplanten Umschlag von 550 000 Tonnen im Jahr wäre der Hafen Ladebow aber auch so schon im grünen Bereich. Darüber hinaus will sich ein Metallbauunternehmen ansiedeln und den Hafen als Umschlagstation nutzen. „Das Baudezernat möchte beide Vorhaben, also sowohl die Ansiedlung eines Biodieselwerkes wie auch die Investitionen der Firma Rex im Hafen, befördern“, sagte Baudezernent Reinhard Arenskrieger. „Eine entsprechende Vorlage zur Änderung des B-Planes Hafen soll bereits im Dezember der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorgelegt werden.“

ECKHARD OBERDÖRFER